

BLICKPUNKT PLENUM

24. – 26. November 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



KIP: Eingeständnis des Versagens der CDU

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) der Landesregierung als „Eingeständnis des landespolitischen Versagens“ kritisiert. Das von der Landesregierung viel gepriesene KIP wird dem eklatanten Investitionsstau der hessischen Kommunen nicht abhelfen. Das wahrlich gut dotierte Bundesprogramm, das hessischen Kommunen immerhin gut 320 Millionen Euro netto bringen wird, muss Panik bei der CDU-geführten Landesregierung ausgelöst haben. Nur so ist zu erklären, warum nun das Land verschiedene Programme mit unterschiedlichen Förderanteilen auflegen will. Die eine Milliarde Euro, inklusive Bundesprogramm, solle offenbar großen Eindruck machen. Der Versuch der schwarz-grünen Landesregierung das Bundesprogramm, das mit einem 90-prozentigen Zuschuss aufwartet, zu toppen, ist gründlich misslungen. So sieht beispielsweise das Wohnungsbauprogramm des Landes keinen Zuschuss vor. Die 230 Millionen Euro müssten die Kommunen als Kreditgeber komplett selber tilgen.

Das Krankenhausförderprogramm in Höhe von 77 Millionen Euro ist auf acht Häuser beschränkt, davon zwei im Wahlkreis des Finanzministers. Dies ist diesen zwei Krankenhäusern gegönnt. Es hätten sich aber viele weitere in Hessen auch über dringend notwendige Förderungen gefreut.

Positiv sieht die SPD-Landtagsfraktion, dass das finanzpolitische Versagen der CDU-geführten Landesregierungen von den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in der Problembeschreibung des Gesetzes nachlesbar ist. Dort heißt es: „So liegen die hessischen Kommunen insgesamt mit dem Investitionsbetrag je Einwohner im Jahr 2013 unterhalb des Durchschnitts der Flächenländer und das Investitionsniveau pro Einwohner hat den niedrigsten Wert seit 2004 erreicht.“ Besser hätte das landespolitische Versagen auch die SPD nicht formulieren können.

Im Fokus: Der Haushalt 2016

Der Hessische Landtag ist nach außen nach wie vor Kommunikationswüste. Die schwarz-grüne Kleinkariertheit verweigert den hessischen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin die Möglichkeit per Live-Stream die Debatten im Hessischen Landtag zu verfolgen. Stattdessen werden die Redebeiträge nachträglich über YouTube Tage später ins Netz eingestellt. CDU und Grüne müssen endlich die Haushaltsmittel zur Wiedereinführung des Live-Streams zur Verfügung zu stellen. Darauf haben Hessens Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch.

Innenpolitik: Im Innenbereich wollen wir insbesondere die Arbeit der Polizei unterstützen. Die Hessischen Polizeibediensteten stoßen nicht erst seit der aktuell angespannte Sicherheitslage und dem Anstieg der Flüchtlinge an ihre Belastungsgrenzen. Die 3,5 Millionen Überstunden hatten die hessischen Polizeibediensteten schon vorher angesammelt. Wir haben in den Haushaltsdebatten eine Besoldungserhöhung um 2,8 Prozent, eine kontinuierliche Personalaufstockung, die Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ-Zulage), Mittel für eine bessere Schutzausrüstung und eine Überstundenabgeltung gefordert. Unsere Haushaltsanträge wurden von der schwarz-grünen Koalition leider abgelehnt. Jedoch gibt es öffentliche Aussagen des Innenministers, dass unsere Forderungen teilweise von der Landesregierung aufgenommen werden. Dies hilft zwar in der Sache, zeigt aber den abenteuerlichen Umgang der Landesregierung mit guten Oppositionsanträgen!

Kultus: Mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs hat die Landesregierung erneut die Chance ver-
tan, in ein modernes Schulsystem und mehr Chancengleichheit zu investieren. Die SPD hat in
der Bildungspolitik eine klare Linie, einen roten Faden, den sie konsequent mit Haushaltsanträ-
gen unterfüttert. Wir haben bei den Haushaltsberatungen erneut die Schwerpunkte bei Inklusion,
Schulsozialarbeit, Ganztagschulen und individueller Förderung gesetzt. Bereiche, die seit Jah-
ren sträflich vernachlässigt werden. Dringender Handlungsbedarf besteht vor allem beim Ausbau
echter Ganztagschulen. Die im sogenannten Pakt für den Nachmittag geschaffenen Betreu-
ungsangebote an 58 Grundschulen in Hessen sind eine Mogelpackung. Halbtagschulen mit
Aufbewahrungsgarantie sind keine Ganztagschulen.

Auch die Kürzungen bei der Differenzierungszulage an Grundschulen, die nicht nur der Inklusion,
sondern auch der Integration von Flüchtlingskindern zuwiderläuft, sind falsch. Die massiven Stel-
lenkürzungen in Grundschulen, gymnasialen Oberstufen und beruflichen Gymnasien, die
Schwarz-Grün zu verantworten hat, führen zu einer massiven Mehrbelastung für Schulen und
Lehrkräfte sowie einer Einschränkung der Wahlangebote. Die SPD will die Kürzungen rückgän-
gig machen.

Justiz: Der von der Landesregierung vorgelegte Justizhaushalt für das Jahr 2016 bedeutet für
die Justiz einen weiteren Stellenabbau, noch mehr Einsparungen und weitere Einschnitte. Bei
immer mehr Gerichten und Staatsanwaltschaften häufen sich Klagen über Überbelastung und
sogar Überforderung und geringer Wertschätzung. Bei den Staatsanwaltschaften werden viele
Verfahren eingestellt. Das ist besonders für Opfer, aber auch für die Ermittlungsbehörden unbe-
friedigend. Gerade in schwierigen Zeiten, wie der Bedrohung unseres Staates durch den Sala-
fismus, brauchen wir eine starke Justiz! Angesichts der hohen Zahl der Asylbewerber müssen
auch die Verwaltungsgerichte dringend personell verstärkt werden. Mit dem SPD-
Haushaltsantrag für neun zusätzliche Kammern würde der wirkliche Bedarf abgedeckt. Der vor-
gelegt Justizhaushalt ist mehr als enttäuschend.

Finanzpolitik: Die Steuereinnahmen sprudeln in Deutschland und auch in Hessen. Davon kann
der Finanzminister deutlich profitieren. Mit den ungeplanten Steuermehreinnahmen aus diesem
Jahr und den geplanten für nächstes Jahr hat der Finanzminister insgesamt 1,6 Milliarden Euro
mehr in der Kasse als im Planansatz für dieses Jahr. Dieser Finanzminister ist ein echtes
Glückskind. Weniger glücklich agiert er auf der Ausgabenseite: Da wird weder bei den Sachaus-
gaben noch bei den Stellen die Treppe von oben nach unten gekehrt, die Stellenpläne in den
Ministerien sind weiterhin völlig übersetzt.

Die mangelnde Unterstützung der Kommunen bleibt weiterhin zentraler Kritikpunkt in diesem
Haushalt. Es ist endlich Zeit, den Kommunen ihre Aufwendung für die Unterbringung und Be-
treuung der Flüchtlinge angemessenen zu erstatten.

Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung: Die CDU hat sich auch bei diesen
Haushaltsberatungen - wie auch in 2015 – nicht für einen besseren Etat für den Landestraßen-
bau eingesetzt. Wieder stehen nur 90 Millionen Euro zur Verfügung, um die maroden hessischen
Straßen zu sanieren. Die SPD-Landtagsfraktion sieht bei ihren Haushaltsvorschlägen 20 Millio-
nen Euro mehr vor sowie mehr Stellen bei Hessen Mobil. Die Behörde kann keinen weiteren
Stellenabbau, wie ihn die Landesregierung vorsieht, verkraften.

Die Grünen haben dem ÖPNV und den Verkehrsverbänden in Hessen einen Bärendienst mit
ihrer Haltung bei den Regionalisierungsmitteln erwiesen und tragen noch nicht mal etwas zur
Schadensbegrenzung bei. Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihren Haushaltsvorschlägen 10 Milli-
onen Euro an originären Landesmitteln für die Verkehrsverbände vorgesehen, um der Deckungs-
lücke, die durch die Einigung im Vermittlungsausschuss entstanden ist, zu begegnen. Es ist un-
bestritten, dass im Rahmen der dualen Berufsausbildung mehr ausgebildet werden muss, um
den Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb ist es für uns überhaupt nicht nachvollziehbar,
warum die Landesregierung in diesem Bereich den Rotstift ansetzt.

Soziales und Integration: Der Haushalt des Sozialministers ist unkalkulierbar, weil verlässliche
Prognosen über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen fehlen. Nach wie vor fehlen auch der Wille
und die Kraft, den Kommunen die für die Bewältigung der gewaltigen Integrationsleistungen notwen-

digen Mittel tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Das Sozialbudget bleibt eine Propagandanummer, mit der keine wirkliche Antwort auf die drängenden Fragen nach der Zukunft der sozialen Infrastruktur in Hessen gegeben wird. Bei der Finanzierung der frühkindlichen Bildung liegt Hessen nach wie vor am Tabellenende und in der Integrationspolitik herrscht vollkommene Windstille.“

Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Statt über eine Industriewasserabgabe rund 50 Millionen Euro für den Landeshaushalt zu generieren, wie von der SPD beantragt, setzt Umweltministerin Hinz auf eine Umweltlotterie, die für 2016 gerade mal 110.000 Euro in den Umweltaetat spülen wird. Das ist nichts anderes als grüner Aktionismus. Hier wird politisches Handeln nur angetäuscht.

Auch bei Förderprogramm zur Akzeptanzsteigerung für Anrainerkommunen von Windkraftanlagen konnten aus dem aktuellen Haushalt bis zum heutigen noch kein eigener Euro abgerufen werden, weil die Förderkriterien noch immer nicht feststehen. Ein weiterer Beleg dafür, dass Schwarz-Grün die Energiewende verschleppt.

Wohnungspolitik: Wir brauchen mehr Sozialwohnungen und wir brauchen mehr Wohnungen gerade für mittlere und geringe Einkommensgruppen. Der Polizeibeamte in Frankfurt, wie die Erzieherin in Darmstadt, müssen es sich leisten können, eine angemessene Wohnung zu finanzieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen. Deshalb hat die SPD in ihren Anträgen zum Haushalt des Landes Hessen ein Wohnungsbauprogramm für geförderte Wohnungen aufgelegt, mit dem pro Jahr 6000 Wohnungen gebaut werden können. Mit 50 Millionen Euro Landesmitteln und 29 Millionen Euro Bundesmitteln können wir direkte Zuschüsse von 200 Millionen Euro bei Wohnungsbaugesellschaften mit Kreditmitteln erzeugen. Wir wollen, dass Zuschüsse gegeben werden, nicht Darlehen.

Wissenschaft und Kunst: Es ist immer gut, wenn Wissenschaft und Kunst mehr Geld zur Verfügung haben. Dies könnte etwa auch durch eine höhere Effizienz erzielt werden. Etwa bei der Filmförderung, wo die Verwaltungskosten 40 Prozent der Gelder verschlingen.

NSU: Aufklärungsarbeit jetzt!

In der Plenardebatte zum NSU-Untersuchungsausschuss hat die SPD die Hessische Landesregierung und die Fraktionen von CDU und Grünen aufgefordert, sich endlich an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu halten und die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses nicht weiter zu behindern und zu unterlaufen, sondern zu unterstützen.

Es gibt zahlreiche Akten, die grundlos geschwärzt oder die nur eine formelhafte und pauschale Begründung enthalten. Nicht nur einzelne Sätze, sondern komplette Seiten, komplette Sachverhalte, komplette Hintergründe. Dies ist nicht gerechtfertigt und dies ist für den Untersuchungsausschuss auch nicht überprüfbar, ob es gerechtfertigt sein könnte. Außerdem behindert es massiv in der Aufklärungsarbeit, weil Hintergründe und Zusammenhänge nicht offen gelegt werden.

Die Aufklärung des schrecklichen Mordes in Kassel und der Mordserie insgesamt sind nur dann möglich, wenn die Hessische Landesregierung nicht verzögert, verschleppt und die Arbeit in unerträglicher Weise des Untersuchungsausschusses behindert.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. Juni 2009 kann das Parlament nicht als Außenstehender behandelt werden, der zum Kreis derer gehört, vor denen Informationen zum Schutze des Staatswohles geheim zu halten sind. Nach diesem Urteil dürfen einem Untersuchungsausschuss Beweismittel aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mit einem pauschalen Berufen auf eine der verfassungsrechtlichen Gründe wie Staatswohl zurückgehalten werden.

Man hat bereits jetzt viele Monate an Zeit verloren, durch unnötige Zeugen, Tricks und Mätzchen von CDU und Grünen. Wer es ernst meint mit der Aufklärung dieses schrecklichen Mordes in Kassel, muss ein gemeinsames Interesse daran haben, alle möglichen Fakten und Unterlagen zu bekommen, die die vielen offenen Fragen auch aufklären können.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde